
Photo: David gegen Goliath im Kampf um die Erhaltung der Umwelt? Räumung des von Kernkraftgegnern besetzten Bauplatzes für ein Kraftwerk in Wyhl am Kaiserstuhl, 20. 2. 1975

Zusammenfassung

Das Anfang 1975 in baden-württembergischen Ort Wyhl aufgenommene Photo zeigt die Räumung eines von Kernkraftgegnern besetzten Bauplatzes für ein Kernkraftwerk durch die Polizei. Die Aufnahme wurde zu einer Schlüsselszene gewaltfreien Widerstands, wie er fortan für die Aktionsformen der Neuen sozialen Bewegungen typisch wurde. Der Widerstand gegen das Kernkraftwerk in Wyhl gilt als Gründungsakt der westdeutschen Antiatomkraftbewegung, die die politische Kultur der Bundesrepublik nachhaltig veränderte und mittelfristig den Boden für die Gründung der Grünen Partei bereitete.

Einführung

Bilder wie dieses erregten im Februar 1975 die Öffentlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland. Bei einem scheinbar gottverlassenen Ort namens Wyhl in der südbadischen Provinz kämpfte die Staatsmacht gegen eine bunt gemischte Schar von Atomkraftgegnern. Erstaunlich war aus Sicht vieler Beobachter, dass hier nicht etwa nur Studenten und linke Gruppen den Stachel wider die öffentlichen Autoritäten löckten. Vielmehr war der Protest gegen das Kernkraftwerk Wyhl in erster Linie getragen von Bauern, Winzern und ländlichen Honoratioren wie Apothekern, Kaufleuten, Bäckern, Handwerkern sowie deren Frauen (im linken Drittel des Photos ist eine ältere, weißhaarige Dame zu erkennen).

Als die ARD am 26. Februar 1975 einen Bericht über die Platzräumung ausstrahlte, in dem auch gezeigt wurde, wie Wasserwerfer über das relativ kleine Häuflein der Platzbesetzer peitschten und Polizisten neben den jugendlichen Barträgern auch Seniorinnen vom Platz schleppten, begann die mediale Karriere der Antikernkraftproteste in der Bundesrepublik. Bislang hatten Presse und Fernsehen über derartige Konflikte nur sporadisch berichtet, und dies in der Regel in kritischem Ton: Wer sich dem Bau neuer Kraftwerke entgegen stelle, der handele gegen die energiepolitische Vernunft und widersetze sich dem technischen Fortschritt.

Das harte Vorgehen der Sicherheitskräfte gegen offensichtlich harmlose Demonstranten setzte auf der einen Seite die Staatsmacht ins Unrecht. Zum anderen interessierten sich die Medien für die Gründe, die eine mehrheitlich bodenständige Bevölkerung dazu brachte, bis dahin noch kaum bekannte Formen des zivilen Widerstands zu organisieren. Neben der Besetzung des Bauplatzes kam es zu Demonstrationen, Boykottaktionen, Sternfahrten und ähnlichen Aktionen gewaltfreien Protests.

Die Motive der Demonstranten waren sehr vielschichtig und je nach beteiligter Gruppe auch recht unterschiedlich. Zusammengehalten wurde der Protest von der Sorge vor Gesundheits- und Umweltgefahren, die mit der Kerntechnik verbunden sind. Vor allem ein möglicher Reaktorunfall mit großflächiger radioaktiver Verseuchung galt als Schreckensszenario. Daneben fürchteten Landwirte eine

Veränderung des lokalen Klimas durch die Dampf Wolken der projektierten Kühltürme. Andere ländliche Gruppierungen sorgten sich um eine Veränderung der sozialen Struktur als Folge möglicher Industrieansiedlungen. Städtische Gruppen aus dem nahen Freiburg waren zusätzlich von der sich bietenden Chance fasziniert, hier Verbündete im Protest gegen den Staat, die Großindustrie und eine aus ihrer Sicht autoritäre Obrigkeit zu finden.

Die Auseinandersetzungen um Wyhl zogen sich fast über die gesamten 70er Jahre hin, mit einem deutlichen Höhepunkt zwischen 1974 und 1976. Ab 1972 verhinderten erste Bürgerproteste ein Kernkraftwerkprojekt des regionalen Energieversorgers *Badenwerk* in der nahen Kleinstadt Breisach, ein Jahr später wurde das Vorhaben auf die 2000-Seelen-Gemeinde Wyhl übertragen. Wie bei solchen Planungen üblich, arbeiteten der in Staatsbesitz befindliche Energiekonzern und die Baden-Württembergische Landesregierung als Genehmigungsbehörde Hand in Hand. Die Proteste der ländlichen Bevölkerung strahlten über die Grenze ins Elsass aus, wo zur gleichen Zeit eine Chemiefabrik und ein Kernkraftwerk geplant waren (das Kraftwerk von Fessenheim ist heute das älteste noch am Netz befindliche Kernkraftwerk in Frankreich).

Als in Wyhl die Bagger anrückten, beschloss eine Koalition aus ländlichen und studentisch geprägten Bürgerinitiativen den passiven Widerstand. Am 18. Februar 1975 kam es zur Platzbesetzung. Zwar wurde der Platz von der Polizei am 20. geräumt, doch schon wenige Tage später (am 23.2.) eroberten die Kaiserstühler erneut das Gelände. Eine zweite Räumung wurde nicht in Erwägung gezogen, auch weil eine einstweilige Anordnung des Freiburger Verwaltungsgerichts ohnehin einen vorläufigen Baustopp erzwang.

Die Besetzung dauerte bis Ende 1975, als sich die Kontrahenten auf Verhandlungen einigten. Diese führten im Januar 1976 zu einem Vertragswerk, in dem den Besetzern Straffreiheit und den Kraftwerksgegnern die Prüfung sicherheitsrelevanter Fragen zugesichert wurde. Entscheidender für die weitere Entwicklung waren allerdings Gerichtsurteile: 1977 untersagte das Verwaltungsgericht Freiburg den Bau der Anlage aufgrund von Sicherheitsmängeln. Zwar wurde dieses Urteil 1982 vom Verwaltungsgerichtshof Mannheim aufgehoben. Doch zu diesem Zeitpunkt war einerseits die öffentliche Meinung Kernkraftwerken gegenüber deutlich kritischer eingestellt und andererseits waren die Bedarfsprognosen für Elektrizität erheblich nach unten korrigiert worden. Die politischen und finanziellen Kosten überstiegen nun aus Sicht der Landesregierung den möglichen Nutzen der Anlage.

Die Bauplatzbesetzung in Wyhl gilt bis heute als Gründungsakt der westdeutschen Antiatomkraftbewegung. Hieran lassen sich zwei Phänomene aufzeigen, die die politische Kultur der Bundesrepublik seit den 70er Jahren bestimmten: das Aufkommen der "Neuen sozialen Bewegungen" und der Aufstieg des Umweltschutzes.

Unter den "Neuen sozialen Bewegungen" versteht man politische Strömungen, die sich ab Ende der 60er Jahre formierten. Hier engagierten sich Bürgerinnen und Bürger jenseits fester Parteizugehörigkeit und brachten neue Themen in den politischen Dialog ein. Die größte Entfaltung erreichten die Bewegungen vermutlich zu Beginn der 80er Jahre. Zahlenmäßig und politisch am bedeutsamsten waren die Umwelt- und Antiatomkraftbewegung, die Friedensbewegung, sowie ferner die Frauenbewegung und Dritte-Welt-Bewegung.

Wyhl markierte den Auftakt einer Serie von Antiatomkraftprotesten mit erheblicher Breitenwirkung. Fanden sich 1975 auf der größten Wyhler Versammlung 25.000 Demonstranten ein, so protestierten 1977 gegen das Kernkraftwerk Kalkar 60.000 Menschen. Gegen die geplante Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben gingen 1979

in Hannover 100.000 Menschen auf die Straße. Den Höhepunkt der westdeutschen Antiatomkraftbewegung markierte das Jahr 1986, als nach dem Reaktorunfall in Tschernobyl bei etwa 140 Einzelprotesten schätzungsweise 1,2 Millionen Menschen gegen die Kernkraft demonstrierten. Im gleichen Zeitraum, so zeigen Meinungsumfragen, schwand die anfänglich vorhandene Akzeptanz dieser Energieform in der gesamten westdeutschen Bevölkerung deutlich.

Die Medienberichterstattung bot den Protestierenden seit Wyhl Plattformen für die Darstellung ihrer Anliegen. In den linken und liberalen Medien schwang häufig dabei häufig Sympathie mit, zumindest solange die Auseinandersetzungen gewaltlos blieben. Zwischenzeitlich drohten die Konflikte jedoch zu eskalieren. An den Bauplätzen der Kraftwerke zu Brokdorf, Grohnde und Kalkar kam es vor allem 1977 zu regelrechten Schlachtenszenen zwischen Demonstranten und Polizei. Linksradikele Gruppen hofften in dieser Phase, den Kernkraftprotest zur Revolutionierung der westdeutschen Gesellschaft nutzen zu können. Doch sie scheiterten an mangelnder Unterstützung und an ihrer "militärischen" Unterlegenheit gegenüber der Polizei.

Der gewaltfreie Protest blieb fortan das zentrale Motiv der Antiatomkraftbewegung wie auch der Friedensbewegung. Diese Strategie entsprach den Anforderungen der Medienöffentlichkeit, weil sie massenhaft Bilder wie das hier präsentierte produzierte: wehrlose Bürger angesichts einer hochgerüsteten Staatsmacht. Das Prinzip "David gegen Goliath" war eines der wichtigsten Elemente in der Selbstinszenierung der Bewegung. Schon in Wyhl war den Initiativgruppen bewusst, dass die Medienöffentlichkeit als Adressat ihrer Proteste mindestens ebenso wichtig war wie die politischen Entscheidungsträger. Insofern war die Gegenwart des Kameramannes (auf dem Photo vor dem Eingang der Holzhütte) konstitutiv für die Proteste.

Auf dem besetzten Bauplatz im Wyhler Rheinauenwald entwickelten sich Formen einer spezifischen Protestkultur, die in der Umweltbewegung immer wieder kopiert werden sollten. So bauten die Besetzer ein zentrales Rundhaus und mehrere Hütten, in denen sie vorübergehend lebten (eine Vorform ist im Hintergrund auf dem Photo zu erkennen). Im Rundhaus wurden basisdemokratische Besetzerversammlungen und Pressekonferenzen abgehalten, aber hier fanden auch Kulturveranstaltungen, Protestsongkonzerte und selbst organisierte Lehrgänge zu politischen und kerntechnischen Themen sowie zu Fragen des Umweltschutzes statt. Diese "Bildungseinrichtung" war für das Selbstverständnis der Protestbewegung enorm wichtig. Sie dokumentierte das erfolgreiche Bemühen der Bürger, sich unabhängig von wissenschaftlichen Experten oder staatlichen Autoritäten ein eigenes Bild von den Risiken der modernen Großtechnologie zu machen. Damit unterstrichen sie ihren Anspruch auf Teilhabe an allen sie betreffenden Entscheidungen.

Dieser basisdemokratische Anspruch stellte die Legitimität der von Repräsentativorganen und gewählten Regierungen getroffenen Entscheidungen nachhaltig in Frage. Das politische Engagement der Neuen sozialen Bewegungen fußte auf der Kritik an politischen Prozessen, die ihrer Ansicht nach von taktischen Parteiinteressen und technokratischen Glasperlenspielen der Planer und Experten beherrscht waren. Ihr Erfolg beruhte nicht zuletzt auf wachsendem Misstrauen gegenüber den politischen Eliten und dem Interesse vieler Medien an Konfliktgeschichten.

Die Bürgerinitiativen reklamierten für sich, die Interessen der Betroffenen wie auch zugleich das Gemeinwohl zu repräsentieren. Den darin liegenden Widerspruch vermochten sie freilich nie ganz aufzulösen. Sozial repräsentierten sie jedoch keinesfalls "die Bevölkerung". Vielmehr dominierten in den allermeisten Fällen

Vertreter der gebildeten Mittelschichten, tendenziell jüngeren Alters, und im ländlichen Milieu (wie in Wyhl) die lokalen Honoratiorengruppen.

Die Neuen sozialen Bewegungen zeichnen sich dennoch dadurch aus, dass sie keine feste soziale oder ideologische Identität aufweisen; prinzipielle Offenheit für alle interessierten Mitstreiter gehört zu ihrem Kennzeichen. Vielmehr handelt es sich um Zusammenschlüsse von Bürgerinnen und Bürgern, die in einer bestimmten Sachfrage ein gemeinsames Ziel verfolgen. Häufig wird in diesem Zusammenhang auch von "Ein-Punkt-Bewegungen" gesprochen. Diese Kennzeichnung gilt im Bereich der Umweltbewegung vor allem für Gruppen, die bestimmte Projekte *verhindern* wollen. Größere Verbindlichkeit in weltanschaulicher Hinsicht wiesen dagegen diejenigen Vereinigungen auf, die weiter gehende Reformziele verfolgten, wie etwa in der Frauenbewegung.

Die politische Kultur der Bundesrepublik wurde durch die Neuen sozialen Bewegungen stark beeinflusst. Deren Anliegen waren ja nie nur die angesprochenen Sachprobleme gewesen, sondern es ging immer auch um die Art und Weise, wie Politik gemacht werden sollte. Die Strategie der Bürgerinitiativen war auf mediale Aufmerksamkeit und häufig auf das Motiv des "Widerstands" gerichtet. Dies trug ganz wesentlich dazu bei, dass der zuvor (vor allem im kommunalpolitischen Rahmen) vorherrschende politische Konsensstil stark an Bedeutung verlor. Nicht nur, aber auch als Reaktion auf die Neuen sozialen Bewegungen wurden die Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung in Planungs- und Genehmigungsverfahren deutlich ausgeweitet. Vor allem stellten die Bürgerbewegungen einen neuen politischen Faktor jenseits des bestehenden Parteienspektrums dar, mit dem seither immer zu rechnen ist, auch wenn die Heftigkeit der Auseinandersetzungen seit den 80er Jahren abgenommen hat. An der Wende zu den 80er Jahren ging aus einem Teil der Umwelt-, Friedens- und Antiatomkraftbewegung die Grüne Partei hervor – ohne freilich mit diesen Bewegungen identisch zu sein.

Die Antiatomkraftbewegung war nur der sichtbarste Teil der breit ausdifferenzierten Umweltbewegung. Seit den frühen 70er Jahren beschäftigte sich eine Vielzahl von Gruppierungen mit den gefährdeten Lebensgrundlagen des Menschen. Sie rückten Umweltprobleme vom Artenschutz über das Abfallproblem bis hin zur Verkehrspolitik ins Augenmerk der lokalen wie auch nationalen Politik. Ähnlich wie bei der Antiatomkraftbewegung schwang dabei häufig fundamentale Kritik am politischen System, an der Bürokratie und der marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung mit.

Allerdings war der Umweltschutz ursprünglich kein "oppositionelles" Vorhaben, sondern lupenreine Regierungspolitik gewesen, die zudem noch einen stark bürokratischen Beigeschmack hatte. Schon seit der Zeit um 1900 hatte sich in den modernen Industriestaaten eine bürgerliche Naturschutzbewegung etabliert. Ihr Anliegen war zunächst von Kultur- und Modernitätskritik bestimmt und zielte auf die Bewahrung ursprünglicher, vorindustrieller Landschaften als Gegengift zu den Entwurzelungstendenzen in der technisierten und urbanen Moderne. Davon unabhängig beschäftigten sich Techniker und Gesundheitsexperten mit den Problemen der Verschmutzung durch Industrieanlagen und wachsende Städte. Seit den 50er Jahren kamen internationale Bemühungen hinzu, den weltweiten Ressourcenverbrauch zu regulieren.

Aber erst um 1970 entstand ein Konzept, das diese unter dem Dach des "Umweltschutzes" (der Begriff wurde damals erst erfunden) zu einem einheitlichen politischen Handlungsfeld zusammenschloss. In der Bundesrepublik ging die Initiative, ähnlich wie in anderen Ländern, von der Regierung aus. Als im Herbst 1969 die neue sozialliberale Koalition unter Bundeskanzler Willy Brandt ihre Vision einer umfassenden Reformpolitik skizzierte, gehörte dazu auch der "Umweltschutz". Vor

allem die FDP wollte in Gestalt des Innenministers Hans-Dietrich Genscher mit einem Projekt punkten, das ein klassisches Konsensthema zu sein schien. Unter dem "Umweltschutz" sollten möglichst alle Maßnahmen zusammengefasst werden, die Fragen der Gesundheit, der Lebensqualität und der Erhaltung der biologischen Lebensgrundlagen des Menschen betrafen.

Schon im folgenden Jahr legte die Regierung ein ehrgeiziges "Umweltprogramm" vor, das einen Schwerpunkt im Emissionsschutz aufwies. Die Mitarbeiter der Regierung gingen von einer optimistischen Lagebeurteilung aus und hofften, die Umweltprobleme durch eine bürokratische Steuerung zu lösen. Zum Konzept gehörte es übrigens auch, Bürgerengagement für den Umweltschutz zu fördern.

Zugleich fand das Thema in den Medien zunehmend Beachtung. In der öffentlichen Debatte gewannen aber sehr schnell pessimistische Töne die Oberhand. Insbesondere die an der Wende zu den 70er Jahren mit großer Aufmerksamkeit bedachten Futurologen (Zukunftsforscher) malten immer düsterere Szenarien über die künftige Entwicklung der westlichen Gesellschaften an die Wand. Hatten sie noch wenige Jahre zuvor einen ungebrochenen Fortschrittsoptimismus verbreitet, erschienen nun Umweltverschmutzung, Ressourcenverbrauch und Bevölkerungswachstum als unbeherrschbare Risiken. Die wohl einflussreichste Studie war in diesem Zusammenhang der Bericht an den Club of Rome, der 1972 für weltweite Aufmerksamkeit sorgte. Die darin enthaltenen Prognosen inspirierten eine wahre Flut von Untergangsszenarien. Eilig gaben regierungsamtliche Stellen Entwarnung. Doch die Geister, die man gerufen hatte, wurde man nicht mehr los.

Aus dem vermeintlichen Konsensthema Umweltschutz war innerhalb weniger Monate ein Diskurs geworden, mit dessen Hilfe fundamentales Unbehagen an der ökonomischen, sozialen und politischen Entwicklung der westlichen Zivilisationen artikuliert werden konnte. Hierfür waren nicht zuletzt jüngere Menschen empfänglich, die seit der 68er-Studentenbewegung eine generationell bedingte Unzufriedenheit mit den Verhältnissen verspürten. Mit den Warnungen vor der Umweltzerstörung verbanden sich zunehmend wieder zivilisationskritische Vorstellungen, die eine Rückkehr zur Natur, Konsumverzicht und Nullwachstum auch als Chance dafür begriffen, neue Formen des menschlichen Zusammenlebens zu erproben. Das Gebot sanften Umgangs mit der Natur fand seine Analogie in der Utopie von einer herrschaftsfreien Gesellschaft. An diese Gedanken ließen sich mühelos Zielsetzungen aus den Neuen sozialen Bewegungen anschließen. Damit kehrte der Umweltschutz auf den Boden der klassischen Zivilisationskritik zurück, doch nunmehr meist in einem progressiv-jugendlichen Gewand.

Die Protestbewegung von Wyhl konzentrierte viele dieser Entwicklungen wie in einem Brennglas. Der Widerstand gegen Großtechnik, Staat und drohende Umweltzerstörung ermöglichte eine breite Allianz verschiedener Altersstufen und sozialer Gruppen im politischen Engagement. In der vermeintlich unberührten Natur des Kaiserstuhls lebten die Beteiligten einige Wochen lang die Utopie eines scheinbar herrschaftsfreien Raumes. Mit der Hilfe selbst organisierten Wissens und Dank der wohlwollenden Aufmerksamkeit der Medien gelang es zudem, Großkonzerne und Regierung in die Knie zu zwingen. Darum ist Wyhl bis heute ein Mythos.

Jens Ivo Engels

Quellen- und Literaturhinweise

Brüggemeier, F.-J, Engels, J. I. (Hg.), Natur- und Umweltschutz nach 1945. Konflikte, Konzepte, Kompetenzen, Frankfurt a.M. 2005.

Engels, J. I., Naturpolitik in der Bundesrepublik. Ideenwelt und politische

Verhaltensstile von Naturschutz und Umweltbewegung 1950-1980, Paderborn 2006.
Engels, J. I., Südbaden im Widerstand. Der Fall Wyhl; in: Kretschmer, K., Fuchsloch, N. (Hg.), Wahrnehmung, Bewusstsein, Identifikation. Umweltprobleme und Umweltschutz als Triebfedern regionaler Entwicklung, Freiberg 2003, S. 103-130.
Hündemörder, K. F., Die Frühgeschichte der globalen Umweltkrise und die Formierung der deutschen Umweltpolitik (1950-1973), Stuttgart 2004.
Linse, U. (u.a.), Von der Bittschrift zur Platzbesetzung. Konflikte um technische Großprojekte. Laufenburg, Walchensee, Wyhl, Wackersdorf, Berlin/Bonn 1988.
Löser, G., Grenzüberschreitende Kooperation am Oberrhein. Die Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen; in: Hochstuhl, K. (Hg.), Deutsche und Franzosen im zusammenwachsenden Europa 1945-2000, Stuttgart 2003, S. 105-176.
Nössler, B., Witt, M. de (Hg.), Wyhl. Kein Kernkraftwerk in Wyhl und auch sonst nirgends. Betroffene Bürger berichten, Freiburg 1976.
Rucht, D., Modernisierung und neue soziale Bewegungen. Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich, Frankfurt a.M. 1994.
Weisker, A., Systemwettstreit oder Konvergenz durch Sachzwänge? Die Ausbaupläne der Kernenergie in der Bundesrepublik und der DDR in den 1960er Jahren; in: Haupt, H.-G., Requate, J. (Hg.), Aufbruch in die Zukunft, Weilerswist 2004, S. 185-206.

Faksimile

Die 2 Faksimile werden nicht mit ausgedruckt.

Bildquelle: picture-alliance/dpa, Bild Nr. 602243, Bildunterschrift: "Demonstration gegen geplantes Atomkraftwerk Wyhl", unbekannter Fotograf, aufgenommen am 20.2.1975.

Quelle: http://1000dok.digitale-sammlungen.de/dok_0021_wyh.pdf

Datum: 23. Juli 2018 um 00:21:23 Uhr CEST.

© BSB München
